Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 57. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 7. März 1928**

Pilsudskis Sieg.

In den östlichen Staaten Europas muß man parlamentarische Wahlen sozusagen in Anführungsstriche setzen, denn mit der Freiheit der Wahlagitation ist es für die politische Opposition ebenso schlimm bestellt wie mit der der Stimmenabgabe. Und meistens auch mit der Zuverlässigkeit bei der Ermittlung des Wahlresultates. Terror und behördliches Eingreifen, Gewaltakte und dergleichen sind etwas Alltägliches und die Regierung erhält dann meistens auch gerade das von ihr gewünschte Resultat.

Pilsudski hat sich ja als Diktator in einer sehr betonten Gegenüberstellung zum Parlament überhaupt befunden und „seine" Wahlparole war auch gar nicht parteipolitisch. Er wollte sozusagen eine Partei der anständigen Leute bilden, die namentlich der tief eingerissenen Korruption der früher unumschränkt regierenden, übrigens fanatisch-nationalistischen Rechten zu Leibe gehen sollte. Parlamentarisch gesehen, steht er noch immer links, wenn auch an ihm von den Spuren seiner sozialistischen Vergangenheit kaum noch etwas übriggeblieben ist. Hierfür hat er natürlich aber trotzdem alle Mittel osteuropäischer Wahlbeeinflussung eingesetzt, namentlich im Osten Polens, und das trug recht viel zu dem Erfolg bei, den er errungen hat. Er hat jetzt eine Partei unbedingter Anhänger hinter sich von einer Größe, wie sie bisher kein polnischer Ministerpräsident zur Verfügung gehabt hat.

In Deutschland hat man aus naheliegenden Gründen den Wahlkampf sehr genau verfolgt und mit großer Bitterkeit feststellen müssen, daß dabei gegen die Deutschen in Polen nicht minder scharfe Kampfmethoden der Behörden gebraucht wurden als früher in der Zeit der Nationalistenherrschaft. Überhaupt sollte man sich vor dem Glauben hüten, als bedeute das Regime Pilsudski irgendeine besondere Kandarenhaltung den Deutschen gegenüber. Weder bei denen drinnen noch in den Beziehungen zum Reich. Darin findet sich eben alles in Polen zusammen, gleichgültig, ob man Freund Pilsudskis oder dessen Gegner ist, ob man links oder rechts steht. Die polnischen Wahlen sind eben eine durch und durch innenpolitische Angelegenheit gewesen und werden es in ihren Auswirkungen auch bleiben.

Um so erfreulicher der große deutsche Erfolg, namentlich der in Ostoberschlesien. Man weiß ja, wie es dort im Wahlkampf zuging, den vorneweg der Woiwode Grazynski selbst leitete, einst einer der obersten Führer bei den Einfällen der polnischen Insurgenten nach Oberschlesien hinein. Knebelung der deutschen Zeitungen, Verfolgung jedes Deutschen, der öffentlich für sein Volkstum eintrat, Gewalttaten und schwerster Terror bei deutschen Wahlversammlungen, die schließlich gar nicht mehr stattfinden konnten, weil sie durch den Westmarkenverein gesprengt wurden — und trotz alledem haben die dortigen Deutschen über 70 000 Stimmen mehr erhalten als bei den letzten Sejmwahlen 1922. Nur 1000 Stimmen weniger als oder mit allen obenerwähnten Mitteln arbeitende Regierungsblock. Dabei sind seit 1922 an 22 000 Deutsche aus Ostoberschlesien ausgewandert. Die Drastik des deutschen Erfolges wäre noch größer geworden, wenn die deutschen Sozialisten es nicht abgelehnt hätten, mit der deutschen Wahlgemeinschaft zusammenzugehen, sondern sich lieber mit ihren polnischen Klassengenossen verbanden.

Ähnlich ist es im früheren Posen und Westpreußen. Auch hier wurde der deutsche Besitzstand, gegen den die polnische Regierungswelle mit dem gleichen Ungestüm anbrandete, nicht bloß gehalten, sondern in einzelnen Wahlkreisen trotz aller Schwierigkeiten noch erweitert. Wäre es den Polen nicht gelungen, mit besonders brutalen Mitteln die weißrussische und ukrainische Wahlagitation einfach zusammenzuschlagen, und hätten nicht die jüdischen Parteien infolge einer verhängnisvollen Zersplitterung schwere Verluste erlitten, so wäre der Minderheitenblock, in dem alle diese Parteien zusammengeschlossen sind, in sehr viel größerer Stärke in den Sejm eingezogen, als das jetzt geschieht. So aber blieb es bei einem Gewinn von fünf Mandaten. Und das erfreulichste: der Beweis ist geliefert, daß das Deutschtum in Polen lebt und sich seiner Kraft bewußt ist.

•

Die Meldungen aus allen Wahlkreisen ergeben die Feststellung, daß die Deutschen überall große Erfolge errungen haben. In Pommerellen wurden drei deutsche Mandate, in Posen 4, in Oberschlesien und in dem Polen zugesprochenen österreichischen Teil Schlesiens 6 erzielt; überdies noch 3 deutsche Mandate in dem westlichen Wahlkreis Polens (Lodz, Konin und Wloclawek). Dann wurde noch gewählt ein Deutscher im Landkreise von Lemberg. Hierzu kommen noch wahrscheinlich ein oder zwei deutsche Mandate von der Staatsliste des Minderheitenblocks, so daß man die Gesamtzahl der deutschen Abgeordneten bei der polnischen Landtagswahl auf 12 schätzen kann.

Am 24. März wird voraussichtlich der neue Sejm zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Ohne sich schon in Kombinationen über die zukünftige Regierungsgestaltung einzulassen, betont die polnische Regierungspresse die großen Erfolge der Liste des Regierungsblocks und die vernichtende Niederlage der nationalistischen Parteien und begrüßt es auch, daß die Ukrainer und die Weißrussen in so geringer Zahl in den neuen Sejm einziehen werden

Kein Investigationsverfahren gegen Ungarn

Die Unterredung Stresemann—Briand.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundrates am Dienstag dauerte nur 2½ Stunden. Die auf der Tagesordnung vorgesehene nichtöffentliche Sitzung, in der eine erste Aussprache über den Zwischenfall in Szent-Gotthárd stattfinden sollte, kam nicht zustande. Sie wird nunmehr für Mittwoch erwartet. Am Dienstag nachmittag war eine eingehende Besprechung der fünf ständigen Ratsmitglieder angesetzt, die vor allem der weiteren Beratung des Militärkontrollgesuchs der Kleinen Entente über Ungarn und einer ersten Aussprache über die Note des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg und seiner Aufforderung zum Abschluß eines allgemeinen Nichtangriffspaktes gewidmet sein wird.

Allgemeine Beachtung findet in Genf die Zusammenkunft zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Briand, die etwa eine Stunde dauerte. Über den Inhalt der Besprechungen wird wie immer strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie es heißt, soll Dr. Stresemann Briand gegenüber versichert haben, daß er während dieser Tagung die Frage der Rheinlandräumung nicht anschneiden würde, dagegen sich vorbehalte, auf der Junitagung des Völkerbundes diese Frage zur Sprache zu bringen. Im übrigen soll zwischen beiden Staatsmännern die ungarische Waffenaffäre besprochen worden sein, ohne daß Dr. Stresemann bereits die Stellung Deutschlands zu dieser Frage festgelegt haben soll.

Abschluß der Verhandlungen des Sicherheitsausschusses.

Der Sicherheitsausschuß hat die verschiedenen Resolutionsentwürfe für das Schiedsgerichts- und Vergleichsverfahren sowie die Modelle für die Schieds- und Sicherheitsverträge ohne weitere Debatte angenommen. Es wurde beschlossen, die deutschen Sicherheitsvorschläge sämtlichen Regierungen zur Stellungnahme zugehen zu lassen. Für die weitere Behandlung der deutschen Vorschläge wurde als Berichterstatter der belgische Delegierte Rollin eingesetzt. Auf der zweiten Tagung des Sicherheitsausschusses, deren Zeitpunkt bisher noch nicht feststeht, sollen die deutschen Vorschläge auf Grund der Stellungnahme der einzelnen Regierungen von neuem zur Behandlung gelangen. Die Resolution, in der den Staaten die Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes empfohlen wird, wurde einstimmig vom Sicherheitsausschuß angenommen.

Lord Cushendun erklärte hierzu, die englische Regierung empfehle sämtlichen Staaten die Unterzeichnung der Klausel, könne jedoch selbst im Hinblick auf die besondere Lage Englands die fakultative Klausel nicht unterzeichnen. Ferner wurde ein Resolutionsentwurf angenommen, in dem die Errichtung einer Funkstation beim Völkerbundsekretariat sowie die Schaffung eines Flughafens zur Verbesserung der technischen Verbindungen mit dem Völkerbund in Krisenzeiten empfohlen wird.

Die Resolutionen werden nunmehr der Vorbereitenden Abrüstungskommission, den Regierungen, dem Völkerbundrat und der Vollversammlung des Völkerbundes zugehen.

•

Kein offizielles Investigationsverfahren gegen Ungarn.

Genf, 6. März. Die Fünfmächtebesprechung dauerte etwa zwei Stunden. An der Besprechung nahmen auch Staatssekretär von Schubert, der Generalsekretär am Quay d'Orsai, Berthelot, und der neue englische Unterstaatssekretär, Sir Lindsay, teil. Ueber das Ergebnis der Beratungen ist kein Kommunique veröffentlicht worden, dagegen wird folgendes mitgeteilt: **Die fünf Großmächte sind überein gekommen, gegen Ungarn kein offizielles Investigationsverfahren einzuleiten, dagegen soll in der morgigen geheimen Ratssitzung ein besonderes Ratskomitee unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Blookland eingesetzt werden, das aus unparteiischen Ratsmitgliedern besteht und das den Völkerbundsrat noch in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag für die Untersuchung und Behandlung der Investigationsaffäre gegen Ungarn vorlegen soll.**

Die Etatrede des sächsischen Finanzministers Weber

Aus dem Sächsischen Landtag.

(70. Sitzung.) CB. Dresden, 6. März.

Vor stark besuchtem Hause und Tribünen sowie in Anwesenheit sämtlicher Staatsminister hielt

Finanzminister Weber

im Sächsischen Landtag seine mit Spannung erwartete Etatsrede, in der er u. a. ausführte:

Wenn man sich ein Gesamtbild von dem finanziellen Ergebnis des Rechnungsjahres 1926 machen will, so darf man selbstverständlich nicht allein den rechnungsmäßigen Verlust von 11,7 Millionen Mark in Betracht ziehen, sondern man muß sich die gesamte Bewegung des Staatsvermögens dieses Rechnungsjahres vor Augen halten. Hinzuweisen ist hier insbesondere auf die Vermehrung des reinen Vermögens an Kassenbeständen, Wertpapieren, Beteiligungen usw. um rund 24 782 278 Mark, die Erhöhung der staatlichen Bestände zu bestimmten Zwecken um rund 14 756 018 Mark, die Zunahme des beweglichen Staatsvermögens an Vorräten, Gebrauchsgegenständen und Dienststücken um 478 460 Mark; demgegenüber steht eine Erhöhung des Standes der Staatsschulden um rund 67 932 100 Mark. Zieht man diese und die sonstigen Veränderungen in Betracht, so ergibt sich für 1926 ein Gesamtvermögensabgang von 15 739 590 Mark bei einem Gesamtvermögen des Staates am Schluß des Rechnungsjahres von 764 044 652 Mark und einem Gesamtschuldenstand zum gleichen Zeitpunkt von 82 363 064 Mark. Wenn man berücksichtigt, daß das Jahr 1926 den hoffentlich tiefsten Stand unserer Wirtschaftslage brachte und große unvorhergesehene Lasten zur Linderung der Erwerbslosigkeit aufgewendet werden mußten, so wird man

mit dem Ergebnis zufrieden

sein können. Der Finanzminister gab dann kurze Ausführungen über die Lage der sächsischen Wirtschaft und sagte: Die in meiner vorjährigen Etatsrede zum Ausdruck gebrachte Vermutung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage ist in dem zurückliegenden Jahre zum großen Teil nicht nur eingetreten, sondern noch weit übertroffen worden. Im Interesse der Volkswohlfahrt ist dringend zu wünschen, daß unserer Wirtschaft schwere Arbeitskämpfe erspart bleiben und daß ihre Konkurrenzfähigkeit im In- und Auslande nicht untergraben wird. An der Reichsgarantie für Lieferungen nach Rußland hat sich Sachsen bisher mit 8 400 000 Mark beteiligt. Nicht ohne nachteilige Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung des neuen Etatsjahres wird die mangelnde Bildung des Sparkapitals sein, das Ende Dezember 1927 mit 292 Millionen Mark erst die Höhe des Jahres 1878 erreicht hat und zur Beschaffung von erststelligen Hypotheken für den Wohnungsbau dringend gebraucht wird.

Große Sorge bereitete der Regierung die Lage der Landwirtschaft.

Ihre Besserung ist eine Frage der Rentabilität der bäuerlichen Betriebe. Der Staat wird sich an der Durchführung des Notstandsprogramms beteiligen, wenn auch nach meiner Ansicht mit neuen Krediten der Landwirtschaft nicht geholfen wird. Der Notstand der Landwirtschaft wirkt sich auch ganz besonders auf das ländliche Handwerk und Gewerbe und auf die belieferde Industrie aus. Auch im großen und ganzen gesehen, haben Handel, Handwerk und Kleingewerbe nicht in dem Umfange an der wirtschaftlichen Besserung teilgenommen, wie große Teile der Industrie. Die Regierung wird auch weiterhin die Wirtschaftslage der mittelständischen Gewerbe sorgsam beobachten und überall dort eingreifen, wo es in ihrer Kraft und Zuständigkeit liegt.

Der Finanzminister wandte sich sodann dem Haushaltsplan selbst zu und bemerkte: Die Aufstellung war in diesem Jahre wie wohl noch nie durch Mehrausgaben vorbelastet. Die Besoldungserhöhung, die Mietsteigerung, die Erhöhung der Angestelltenbezüge, der erhöhte Zinsendienst für schwebende Schulden, die Verzinsung der erhöhten Aufwendungen für den Straßenbau und auch für die Erhöhung der Postgebühren machten insgesamt eine Vorbelastung von 41 Millionen Mark aus. Dazu kam noch das veranschlagte Defizit des laufenden Haushaltsjahres von 31 Millionen Mark, so daß sich bei sorgloser Finanzpolitik ein Fehlbetrag von 75 Millionen Mark ergeben hätte, der unweigerlich neue Steuern nach sich gezogen hätte. Trotz dieser enormen Vorbelastung legte die Regierung dank der Einsicht der einzelnen Ministerien den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928 bis 1929 mit einem Fehlbetrag von 21,1 Millionen Mark vor, der nach Abzug der Rücklage von 1,8 Millionen Mark in Wirklichkeit nur 19,6 Millionen Mark beträgt. Ohne die Besoldungserhöhung und deren unmittelbare Auswirkungen wäre demnach die Regierung in der Lage gewesen, den Etat mit einem Überschuß von rund 20 Millionen Mark vorzulegen. Die Gesamtsumme des Etats hat sich von 403 Millionen auf rund 429 Millionen Mark erhöht, während sich die durch Steuern und Zuschüsse aus den Nutzungen des Staatsvermögens zu deckende Nettosumme nur um 4,6 Millionen von 287,8 auf 292,4 Millionen Mark erhöht hat, gewiß auch ein Beweis, daß Einsparungen bei den Ausgaben auf allen Gebieten vorgenommen wurden. Bei der starken Drosselung aller sächlichen Ausgaben ist für die Jahre 1928/1929 die Wahrscheinlichkeit für die völlige oder teilweise Einsparung des Defizits bedeutend geringer. Innere Reserven des Etats sind nicht mehr vorhanden. Immerhin wird die Regierung alles versuchen, um Einsparungen zu erzielen. Vom Landtag muß aber erwartet werden, daß er Höherziehungen des Etats unter allen Umständen vermeidet und sich das ungeschriebene Recht des englischen Parlaments zu eigen macht, bei Höherziehungen nur dann die Zustimmung zu erwägen, wenn sie von der Regierung beantragt werde. Die Regierung ist jedenfalls entschlossen, mit Entschiedenheit allen Mehrbewilligungen entgegenzutreten, die nicht durch grundlegende Veränderung der Verhältnisse berechtigt sind.

So bedauerlich es ist, einen Defizitetat vorlegen zu müssen, so ergibt sich doch dieser Zustand aus der Weigerung des

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF